

verflogen. Dieser Umstand wird vor allem durch die Tatsache bezeugt, daß auf der jüngsten Konferenz für Diskussionen längst nicht so viel Zeit zur Verfügung stand wie 1986. Zudem war nicht zu verkennen, daß die Sicht der orthodoxen Historiker dominierte. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Taiping-Forschung derzeit stagniert. Dennoch ist auch Positives zu vermerken. So muß es als positives Zeichen gewertet werden, daß trotz des Vorherrschens orthodoxer Anschauungen eine Vielzahl unterschiedlicher, auch unorthodoxer Meinungen geäußert wurde. Diese wurden zwar nicht mit dem gleichen Selbstbewußtsein vorgetragen wie 1986, sondern verhaltener und häufig ideologisch "verpackt", aber sie zeigen doch, daß eine Rückkehr zur absoluten Herrschaft der Orthodoxen heute nicht mehr ohne weiteres möglich ist.

Unverkennbar war darüber hinaus, daß die Reform der Geschichtswissenschaft, die in den achtziger Jahren in Angriff genommen worden war, ihre Spuren hinterlassen hat. Dies läßt sich insbesondere daran ablesen, daß die von den Reformern neu aufgegriffenen Themenbereiche (Außenpolitik, Kultur, Religion usw.) nicht wieder fallengelassen worden sind, sondern nunmehr zum festen Bestandteil des Themenfächers der Taiping-Geschichte geworden zu sein scheinen. Auch die Art und Weise, wie diese Themen bearbeitet werden, lassen erkennen, daß sich die Historiker nicht mehr ausschließlich von den orthodoxen Vorgaben leiten lassen. Beispielsweise wird die Außenpolitik nicht mehr lediglich unter dem Aspekt des Antiimperialismus behandelt und die Religion nicht mehr nur als Instrument, sondern als wesentliche Grundlage der Taiping-Ideologie betrachtet. Dies alles macht deutlich, daß die derzeitige Stagnation nur an der Oberfläche besteht, daß darunter aber die vielen Neuansätze des vorausgegangenen Jahrzehnts weiterverfolgt werden. So spiegelte sich auf der Konferenz die gegenwärtige ideologisch-politische Situation wider, die durch ein Erstarken der orthodox-marxistischen Kräfte gekennzeichnet ist; doch zugleich wurde deutlich, daß das Jahrzehnt der Reformen nicht spurlos verstrichen ist, und dies gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß die Taiping-Forschung eines Tages wieder dort anknüpfen kann, wo sie in den achtziger Jahren stand.

Yu-Hsi Nieh

Ablehnung der Gründung eines neuen Staates in Taiwan

Zum Ergebnis der Wahlen zur neuen Nationalversammlung

1 Politische Gratwanderung

Am 21. Dezember 1991 fanden allgemeine Wahlen zur neuen Nationalversammlung in Taiwan statt. Die Nationalversammlung ist gemäß der Verfassung der Republik China neben dem Gesetzgebungs- und dem Kontroll Yuan eines der drei nationalen Volksvertretungsorgane. Die Verfassung wurde 1947 in Nanjing (Nanking) verkündet, als die Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD)-Regierung das chinesische Festland noch in der Hand hatte. Die genannten drei Volksvertretungsorgane wurden 1947/48 zum erstenmal gewählt. Nach der militärischen Niederlage im Bürgerkrieg mit der KPCh zog sich die GMD-Regierung vom chinesischen Festland auf die Inselprovinz Taiwan zurück. Um die von ihr weiter beanspruchte legitime Vertretung für Gesamtchina geltend zu machen, hielt die GMD an der Verfassung von 1947 fest, und Neuwahlen zu den drei nationalen Volksvertretungsorganen wurden lange Zeit suspendiert. Andererseits hatte man der besonderen Gegebenheiten halber die sog. "provisorischen Artikel für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (im folgenden PAPMNR) revidiert und zusätzliche Teilwahlen zu den nationalen Volksvertretungsorganen eingeführt.

Nach Beendigung der autoritären Regierung von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und dessen Sohn Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) begann die Beschleunigung der Demokratiebewegung, die allerdings weiterhin durch die längst mit

der politischen Realität nicht in Einklang stehenden Verfassung und durch die nationalen Volksvertretungsorgane mit ihren vor über vierzig Jahren gewählten Mitgliedern verhindert wurde. Bei der letzten Präsidentschaftswahl im März 1990 fand eine große Demonstration in der Hauptstadt Taipei statt, an der über 30.000 Menschen teilnahmen, die die Forderung nach Auflösung der Nationalversammlung und Direktwahl des Präsidenten durch das Volk erhoben.¹

Um die politische Krise zu meistern, versprach der amtierende Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) umfassende politische Reformen nach der Wahl. Daraufhin berief er Ende Juni/Anfang Juli 1990 eine überparteiliche Konferenz für nationale Angelegenheiten in Taipei ein, an der auch Vertreter der Opposition sowie einige Dissidenten aus dem Exil teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurden fünf wichtige Themen diskutiert, nämlich die Reformen der nationalen Parlamentsorgane, das System der Lokalverwaltung und der Zentralregierung, die Verfassungsänderung und die Politik gegenüber dem chinesischen Festland.² Noch kurz vor der Konferenz hatte der Rat der Hohen Richter des Justiz Yuan als zuständiges Organ für Verfassungsauslegung am 21. Juni 1990 eine Entscheidung verabschiedet, nach der alle 1947/48 gewählten Abgeordneten der nationalen Parlamentsorgane bis Ende 1991 zurücktreten müssen. Darüber hinaus wurde die Regierung aufgefordert, nach dem Rücktritt dieser betagten Parlamentarier rechtzeitig allgemeine Neuwahlen abzuhalten. Somit wurde eine frühere Entscheidung desselben Rates vom 29. Januar 1954 aufgeho-

ben, die die Verlängerung der Mandate bis zur Rückeroberung des chinesischen Festlandes legitimiert hatte.³ Daraufhin kündigte Präsident Li Denghui am 25. Dezember 1990 einen Zeitplan für die Durchführung von Verfassungsreformen vor Mitte 1992 an. Anschließend verfaßte die Regierungspartei GMD ein zweistufiges Programm zu den Verfassungsreformen: Zuerst eine Revision der PAPMNR durch die alte Nationalversammlung und dann eine Änderung des eigentlichen Verfassungstextes durch eine neu gewählte Nationalversammlung. So hielt die 1947 gewählte 1. Nationalversammlung vom 8. bis 24. April 1991 in Taipei eine letzte außerordentliche Plenartagung zur Änderung der PAPMNR ab.

Während der Tagung gab es wie bei der o.g. Präsidentschaftswahl im März 1990 wieder große Massendemonstrationen gegen die Kompetenz der senilen Deputierten zur Verfassungsänderung. Schließlich wurde am 22. April 1991 unter dem Boykott der Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD), die in der Nationalversammlung nur eine unbedeutende Zahl von zusätzlichen Deputierten hatte, die Revision der provisorischen Verfassungszusatzartikel verabschiedet. Die PAPMNR wurden außer Kraft gesetzt und statt ihrer sind die neuen "Zusatzänderungsartikel der Verfassung der Republik China" (ZVRC) entstanden. Gemäß Art. 5 der ZVRC sollen die Deputierten der Nationalversammlung vor Ende 1991 und die Mitglieder des Gesetzgebungs- sowie des Kontrollyuan vor Ende Januar 1993 neu gewählt werden.⁴

Die Nationalversammlung hat zur Zeit in der Praxis nur zwei Aufgaben, den Staatspräsidenten zu wählen und die Verfassung zu revidieren. Präsident Li Denghui wurde, wie oben bereits erwähnt, erst 1990 für sechs Jahre gewählt. Laut Art. 5 der ZVRC haben die Deputierten der 2. Nationalversammlung ein Mandat nur bis 1985, wenn die 3. Nationalversammlung zur nächsten Präsidentschaftswahl tagt. Daher handelte es sich bei der Wahl zur Nationalversammlung am 21. Dezember 1991 nur um die Aufgabe der geplanten Verfassungsänderung der zweiten oder letzten Stufe.

In den Verfassungsfragen besteht zwischen der Regierungspartei GMD und der großen Opposition MJD eine erhebliche Meinungsverschiedenheit. Während die MJD eine neue Verfassung, d.h. Gründung eines neuen Staates, befürwortet, ist die GMD, die den Staatsnamen Republik China oder die chinesische Einheit nicht aufgeben will, nur bereit, die bestehende Verfassung zu verbessern. In der Folge glichen die jüngsten Wahlen zur Nationalversammlung fast einem Referendum über die Zukunft Taiwans, mit anderen Worten über Pro und Kontra der Unabhängigkeit Taiwans oder des Verzichts auf eine Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland.

2 Das Wahlergebnis

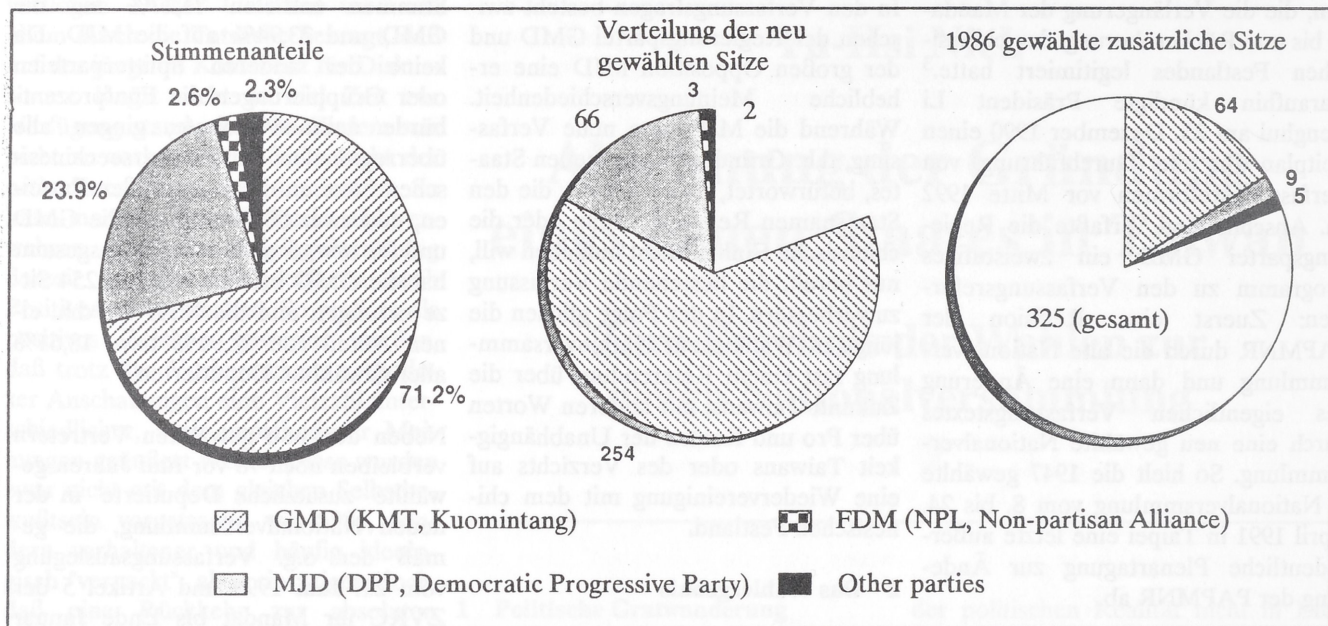
Taiwan hat in seinem neuen Wahlgesetz für Volksvertreter der drei nationalen Parlamentsorgane zum großen Teil das deutsche Modell mit einer Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahl übernommen. Ein Teil der Abgeordneten, die "regionalen Vertreter" (quyu daibiao), wird direkt gewählt; der andere Teil der "nichtregionalen Vertreter" (bufenqu daibiao) ist für Parteien mit einer Mindestquote von fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen reserviert. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland hat der Wähler jedoch nur eine Stimme für die Direktwahl, d.h. keine zweite Stimme für die Wahl von Parteilisten. Die Sitze der "nichtregionalen Vertreter" werden an die Parteien über der Fünfprozenthürde gemäß ihrem Stimmenanteil an der Direktwahl proportional verteilt. Neben den landesweiten Parteilisten mit "nichtregionalen Vertretern", die die chinesische nationale Einheit symbolisieren sollen, gibt es noch die Parteilisten mit überseechinesischen Vertretern, deren Sitze ebenfalls nach der genannten Methode proportional verteilt werden.

Bei den Wahlen zur neuen Nationalversammlung am 21. Dezember 1991 wurden 225 regionale Deputierte direkt gewählt, davon gehören 179 der Regierungspartei GMD an, 41 der großen Opposition MJD, 3 einer politischen Gruppierung Feidangmeng (Allianz parteiunabhängiger Demokraten, im folgenden FDM), und 2 andere sind parteilos. 68,32% der über 13 Millionen Wahlberechtigten sind zur Urne gegangen. Von den 8.758.879 gültigen

Stimmen entfielen 71,17% auf die GMD und 23,94% auf die MJD. Da keine der anderen Splitterparteien oder Gruppierungen die Fünfprozenthürde nehmen konnte, gingen alle überregionalen und überseechinesischen Sitze an die zwei großen Parteien, und zwar 60 bzw. 15 an die GMD und 20 bzw. 5 an die MJD. Insgesamt hat die GMD bei den Wahlen 254 Sitze errungen und die MJD 66, d.h. einen Anteil von 78,91% bzw. 18,61% aller gewählten Deputierten.⁵

Neben den neu gewählten Vertretern verbleiben noch 78 vor fünf Jahren gewählte "zusätzliche Deputierte" in der neuen Nationalversammlung, die gemäß der o.g. Verfassungsauslegung vom 21. Juni 1990 und Artikel 5 der ZVRC ihr Mandat bis Ende Januar 1993 weiter behalten und sich an den bevorstehenden Arbeiten zur Verfassungsänderung beteiligen dürfen. Von diesen gehören 64 zur GMD, 9 zur MJD und 5 zu anderen Splitterparteien bzw. sind parteiunabhängig. Insgesamt verfügt die GMD über 318 oder 78,91% und die MJD über 75 oder 18,61% aller 403 Sitze der neuen Nationalversammlung. Für die Verfassungsänderung gemäß Art. 174, Satz 1 der geltenden Verfassung ist eine Anwesenheit von 2/3 aller Deputierten und eine Beschlußmehrheit von 3/4 der anwesenden Deputierten erforderlich. Somit ist die GMD in der Lage, die Verfassungsänderung allein zu entscheiden. Die MJD, die in der neuen Nationalversammlung noch nicht über das für einen Verfassungsänderungsantrag benötigte 1/5 der Sitze verfügt, hat ihr Ziel so gut wie verfehlt, eine neue Verfassung für einen neuen Staat zu schaffen bzw. die von der Regierungspartei geplante Teiländerung der Verfassung der Republik China von 1947 zu verhindern. Somit zeigte sich das Wahlergebnis als ein großer Sieg der Regierungspartei bzw. als eine deutliche Schlappe für die Opposition.

Vergleicht man das neue Wahlergebnis mit dem der letzten landesweiten Wahlen von zusätzlichen Mitgliedern des Gesetzgebungsyuan vor zwei Jahren - den ersten freien Wahlen nach der Beendigung des 38 Jahre lang andauernden Ausnahmezustandes 1987 und seit der offiziellen Zulassung oppositioneller Parteien Anfang 1989 -, so ist der Stimmenanteil der GMD von 60,83% um 10,34% gestiegen und der



der MJD hingegen von 28,29% um 4,35% gefallen. Insgesamt haben sich 17 Parteien an den Wahlen zur Nationalversammlung vom 21. Dezember 1991 beteiligt, doch haben neben der GMD und der MJD nur zwei andere Parteien einen nennenswerten Stimmenanteil errungen, und zwar die FDM und die Shemindang (Sozialdemokratische Partei, im folgenden SMD) mit 2,27% bzw. 2,18%. Falls die Fünfprozenthürde weiter unverändert bestehen bleibt, wird sich bei den künftigen Wahlen auch keine große Chance für eine dritte Kraft abzeichnen. Da die MJD ferner diesmal zur allgemeinen Überraschung ihre fast zur Tradition gewordene Schallmauer von 30% Stimmenanteil nicht durchbrechen konnte, sondern sich davon sogar noch weit entfernte, zeigt sich in Taiwan ein Trend zum Zweiparteiensystem nach dem japanischen Modell, nämlich ein Modell mit einer konservativen Regierungspartei, die fest im Sattel sitzt, und einer progressiven Opposition ohne große Hoffnung, die politischen Zügel übernehmen zu können.

3 Gründe für die Niederlage der Opposition

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses führte der MJD-Vorsitzende Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) den erlittenen Rückschlag seiner Partei vor allem darauf zurück, daß die Regierungspartei massiv Stimmen gekauft und die Medien intensiv manipuliert habe. Er bezeichnete die Wahlen als die schmutzigsten seit eh und je. Ohne Stimmenkäufe durch die GMD, so Xu,

hätte die MJD einen großen Wahlsieg erringen können. Er hielt den von der Regierungspartei bzw. der Regierung selbst betriebenen Massenmedien, vor allem den Fernsehsendern, vor, die Politik der MJD verzerrt zu haben. Darüber hinaus behauptete der Parteivorsitzende, der von vielen einschließlich einiger in seiner eigenen Partei als "unheilbarer Optimist" bewundert bzw. verspottet wird, daß die MJD diesmal keine Niederlage erlitten, sondern lediglich keinen weiteren Erfolg erzielt habe.⁶ Kurz vor den Wahlen hatte die MJD einen Anteil von 30% der Stimmen für sich vorausgesagt.⁷ Xu selbst hatte sogar einen Erfolg von 40% erwartet.⁸

Es ist bekannt, daß Geld bei allen öffentlichen Wahlen in Taiwan eine außerordentlich große Rolle spielt. Auch Stimmenkäufe in verschiedenen Formen einschließlich Bargeldschenkung sind ein offenes Geheimnis. Der Stimmenkurs lag diesmal dem Vernehmen nach bei 300-1.000 NT\$ (rd. 16 NT\$ = 1 DM), und jeder Kandidat hatte für den Wahlkampf 10-100 Mio.NT\$ ausgegeben. "Die Wahlen bringen eine neue Umverteilung von Reichtum", so heißt es.⁹ Da aber der Wähler nicht nur von einem Kandidaten Geld oder andere Vorteile erhalten mag, kann also auch nicht jede Banknote Wirkung zeigen. Noch stärkeren Einfluß auf die Stimmen haben eher die persönlichen Gesellschaftsbeziehungen eines Kandidaten im Wahlkreis hinsichtlich Verwandtschaft, Beruf oder anderer Interessensverhältnisse.

Man wählt eher den Kandidaten als dessen Partei; so ist das Verhalten der meisten Wähler in Taiwan.

Es gibt zur Zeit 67 offiziell zugelassene politische Parteien. Die GMD, die den Regierungsapparat und die Unterstützung von Großunternehmen hinter sich hat, zählt mehr als 2,5 Millionen Parteimitglieder. Die MJD, die aus der ehemaligen "illegalen" Opposition während der Periode des Ausnahmezustandes entstand, hat 29.000 Mitglieder. Die Mitgliedszahl der erst vor kurzem gegründeten SMD als drittgrößte Partei beträgt rund 5.000 und die der losen Allianz FDM nur über 1.000. Im Vergleich zur GMD haben alle anderen Parteien einschließlich der MJD als größte Oppositionspartei noch keine breite Basis in der Bevölkerung, vor allem in den meisten ländlichen Gebieten. Sie sind nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch den allgemeinen Wahlen mit einer großen Anzahl von Sitzen oder Ämtern kaum gewachsen. Darüber hinaus schneidet die MJD auch erfahrungsgemäß bei Wahlen mit kleineren Wahlbezirken wesentlich schlechter ab als bei Wahlen mit größeren.¹⁰ Nicht von ungefähr wurden diesmal bei der allgemeinen Wahl zur Nationalversammlung die Wahlbezirke von der Regierung verkleinert. Ein anderer großer Nachteil für die MJD liegt - wie oben bereits erwähnt - darin, daß die Sitze der überregionalen Deputierten nach den Stimmenanteilen der Parteien an der Direktwahl proportional verteilt werden, d.h. es gibt also keine Gelegenheit für den Wähler, die Parteiliste zu wählen.

Es ist ebenfalls nicht zu leugnen, daß es in den Programmen der Fernsehanstalten als mächtigste Massenmedien nach wie vor keine Chancengleichheit für alle Parteien gibt. Zwar haben die drei einheimischen Sender während des Wahlkampfes zur Nationalversammlungswahl zum erstmaligen Wahlwerbungen zugelassen, doch haben die Parteien die Sendezeit von insgesamt 270 Minuten nicht gleichmäßig, sondern nach der Anzahl der Kandidaten zugeteilt bekommen.¹¹ Dadurch wurden die großen Parteien begünstigt, vor allem die GMD mit 216 aufgestellten Kandidaten für die regionalen Direktwahlen; im Vergleich dazu verfügten die MJD, SMD und FDM über nur 94, 45 bzw. 31 Kandidaten. Die anderen Parteien mit jeweils weniger als zehn Kandidaten waren davon ausgeschlossen, sich vor dem breiten Fernsehpublikum zu präsentieren. Ferner wurde der Inhalt eines jeden Wahlwerbefilms von einer Kommission zensuriert. Offiziell waren separatistische Parolen verboten. In den großen Zeitungen, die mehr oder weniger auf der Seite der Regierung oder der Regierungspartei stehen, gab es starke Kampagnen gegen die Forderung nach Gründung eines neuen unabhängigen Staates Taiwan.

Dennoch schienen alle genannten Punkte nur sekundäre Gründe für die Niederlage der MJD zu sein. Die Hauptursachen waren nach allgemeiner Meinung eigene Fehler der Partei. Traditionell stützte sich die Opposition mit ihrem Wahlerfolg in der Vergangenheit überwiegend auf die Proteststimmen. Inzwischen sind aber viele der Forderungen der Regierungskritiker bereits erfüllt worden, wie z.B. die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Rücktritte aller 1947/48 gewählten Parlamentarier sowie die angekündigte Verfassungsrevision. Darüber hinaus ist die soziale Kluft zwischen der einheimischen und der mit der GMD vom chinesischen Festland zugewanderten Bevölkerung durch Demokratisierung und "Taiwanisierung" der Regierung wie der GMD merklich verkleinert worden. Staatspräsident und GMD-Vorsitzender Li Denghui ist selbst ein einheimischer Politiker und gewinnt auch immer mehr Profil und Popularität bei den beiden Bevölkerungsgruppen. Mit ihm als Gallionsfigur konnte seine Partei bei der jüngsten Wahl zur Nationalversammlung dem Gegner, der haupt-

sächlich von den Einheimischen unterstützten Partei MJD, den Wind aus den Segeln nehmen.

Während die GMD durch politische Reformen ihr Image verbesserte, hat sich die MJD mit ihrem Kurs der extremen Opposition wenig verändert. Die andauernde Blockade oder Störung der gesetzgebenden Arbeiten im Parlament durch unsachliche Argumente und irrationale Taten einschließlich Gewaltanwendung stießen immer mehr auf Abscheu in der Bevölkerung. Auch die Wahlparole von der Gründung eines neuen unabhängigen Staates Taiwan wurde von einem großen Teil der Bevölkerung als unzweckmäßig und gefährlich empfunden, weil die kommunistische Führung in Beijing Taiwan stets unter Androhung militärischer Angriffe vor einer Abtrennung von China warnt. Außerdem wollen wohl viele einheimische Unternehmer im Hinblick auf den großen Markt auf dem chinesischen Festland die in den letzten Jahren sehr schnell ausgebauten Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nicht gestört sehen.

Selbst innerhalb der Partei der MJD war die Forderung nach der Unabhängigkeit Taiwans als Schwerpunkt des Wahlprogrammes für die Nationalversammlungswahl nicht unumstritten. Es war der radikale Flügel "Xinchaoliu" (Neue Strömung), der auf dem 5. Parteitag der MJD Mitte Oktober 1991 die Aufnahme eines Satzes in das Parteistatut für ein Plebiszit der Einwohner über die Gründung einer "souveränen, unabhängigen Republik Taiwan" - auch "Taiwan-Unabhängigkeitsklausel" (taidu tiaokuan) genannt - durchgesetzt hat. Um die Stimmung unter den Wählern zugunsten einer Unterstützung eines neuen Staates Taiwan zu beeinflussen, reiste in den Monaten vor den Wahlen eine Reihe von Führern der "Allianz für taiwanische Unabhängigkeit" (ATU) - die die Regierung nach wie vor als eine rebellische Organisation betrachtet - illegal aus dem Exil nach Taiwan ein und nahm an öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen teil. Allerdings war die Auswirkung, wie das Wahlergebnis zeigt, ganz anders als gewünscht. Unter den 41 direkt gewählten Deputierten gehören 20 zum gemäßigten Flügel "Meilidao" (Schöne Insel), 9 zur "Neuen Strömung", 6 zu einer neutralen Gruppe, und weitere 6 gelten als Mitläufer der ATU (laut anderem Bericht nur 2).¹² Bemerkens-

wert ist, daß die MJD im Heimatkreis ihres Vorsitzenden Xu Xinliang, Taoyuan, eine vernichtende Niederlage erlitten hat, und daß der Initiator der o.g. "Taiwan-Unabhängigkeitsklausel", Lin Zhushui, in der Hauptstadt Taipei nicht gewählt wurde.

Im Gegensatz zur MJD und anderen oppositionellen Parteien hatte die GMD vor den Wahlen zurückhaltend einen Gewinn von 66% der Stimmen vorausgesagt, d.h. sie lag damit über 5% unter dem bereits genannten tatsächlichen Erfolg. Ihre Wahlparole war auch schlicht und transparent mit dem Wortlaut: "Reform, Stabilität und Prosperität". Abgesehen von der Verhaftung einiger fanatischer Führer und Anhänger der ATU hat sich die Regierung während des Wahlkampfes darum bemüht, Konfrontationen mit der Opposition zu vermeiden; das Verbot von Parolen für die Gründung eines neuen Staates wurde auch nicht überall konsequent durchgesetzt. Insgesamt sind die Wahlen im Vergleich zur Vergangenheit friedlich verlaufen. Bis auf einen Kreis Pingdong ist die Regierungspartei mit den Wahlergebnissen mehr als zufrieden. Besonders im Kreis Taipei, Heimatkreis des Staatspräsidenten und GMD-Vorsitzenden Li Denghui, wo Ende 1989 ein MJD-Kreisleiter gewählt worden war, hat sie, die GMD, einen glänzenden Sieg mit 27 der 31 gewählten Sitze errungen. Daher war es eine Wahl Li Denghuis. Es war auch eine Wahl der Zukunft Taiwans. Die Mehrheit der Wähler hat sich somit für politische Reform statt für radikale Veränderung entschieden.

Anmerkungen

- 1) Ausführlich dazu s. Yu-Hsi Nieh, "Die politische Krise in Taiwan", in C.a., April 1990, S.288 ff.
- 2) Ausführlich dazu s. C.a., Juli 1990, Ü 34, S.525.
- 3) Ausführlich dazu s. C.a., Juni 1990, Ü 46, S.441.
- 4) Zum Text der ZVRC in englischer und chinesischer Sprache s. C.a., April 1991, S.240 f.
- 5) Zum Wahlergebnis vom 21. Dezember s. LHB, 22.12.91; ZYRB, 23.12.91.
- 6) Dazu s. LHB, 22.12.91; ZZ, 27.12.91, S.2; Xinxinwen, Taipei, 23.-29.12.91, S.80 ff.; FAZ, 23.12.91.
- 7) ZZ, 20.12.91, S.2.
- 8) Xinxinwen, a.a.O., S.18.
- 9) Ebenda, S.58 ff.; ZZ, 27.12.91, S.4.
- 10) Die MJD hat bei den Wahlen der Kreisleiter im Dezember 1989 insgesamt 38,3% der Stimmen bekommen, bei den der Gemeindevorsteher im Januar 1990 nur 9,6%. Dazu s. C.a., Dezember 1989, S.934 ff. und Januar 1990, S.28 f.
- 11) Jushi-niandai, Hongkong, 1991/12, S.49; FAZ, 20.12.91.
- 12) ZYRB, 23.12.91; vgl. Xinxinwen, a.a.O., S.21.